

36/91 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Mit großer Mehrheit für Wolfgang Schäuble

Mit 261 von 278 Stimmen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 25. November Wolfgang Schäuble zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Alfred Dreger wurde einstimmig Ehrenvorsitzender der Fraktion.

Bundeskanzler Helmut Kohl nannte den bisherigen Innenminister einen „Mann von souveränem Geist“, der die Fähigkeit zum Zuhören ebenso besitze wie die Fähigkeit zu entscheiden. Der CSU-Vorsitzende, Bundesfinanzminister Theo Waigel, zum Wahlergebnis von Schäuble: Ein großartiger Vertrauensbeweis.

Wolfgang Schäuble verglich die Aufgabe der Fraktion mit dem Spürsinn eines Seismographen. Sie habe Veränderungen im Lande rechtzeitig wahrzunehmen und darauf angemessen zu reagieren.

Als seine wichtigste Aufgabe sieht der neue Fraktionsvorsitzende, die unterschiedlichen Interessen, die sich in den beiden Volksparteien CDU und CSU widerspiegeln, zu bündeln und zu einer erfolgreichen Politik zusammenzuführen. ■

Kabinettsumbildung:

Kanzleramtschef Rudolf Seiters ist neuer Bundesinnenminister. Zum Nachfolger von Seiters hat der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers den bisherigen Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der Unionsfraktion, Friedrich Bohl, ernannt. Nachfolger Bohls ist dessen bisheriger Stellvertreter Jürgen Rüttgers.

Wolfgang Schäuble:

Dialog und Konsens

Die Führung einer großen Fraktion von 318 Mitgliedern ist in erster Linie eine Aufgabe der Integration. Es geht um das Zusammenführen von sehr, sehr unterschiedlichen Interessen, Meinungen und Erfahrungen zu einer gemeinsamen, möglichst wirkungsvollen Politik. Dazu braucht man den Dialog, und am Ende steht dann hoffentlich der Konsens. Aber natürlich muß man auch mit Mehrheiten entscheiden. Allerdings sollte dann der Prozeß der Entscheidungsfindung so organisiert sein, daß die Minderheit die Mehrheitsentscheidung letzten Endes akzeptieren kann.

Aus einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung

Alfred Dregger dankt für Loyalität und Kameradschaft

Vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hielt der scheidende Fraktionsvorsitzende am 25. November folgende Ansprache:

Für mich waren diese 9 Jahre und 2 Monate eine schöne, anstrengende und erfüllte Zeit. Es war — wie ich denke — eine gute und erfolgreiche Zeit auch für die Fraktion.

Ich bedanke mich für die Loyalität und Kameradschaft, mit der Sie mir begegnet sind. Ich denke und hoffe, daß Sie diese bei mir nie vermißt haben. Das war jedenfalls mein Bestreben.

In diese Loyalität und Kameradschaft haben wir selbstverständlich insbesondere die Fraktionskolleginnen und -kollegen einbezogen, die in der Regierung und vor der Öffentlichkeit eine besondere Verantwortung zu tragen hatten.

Dem Bundeskanzler möchte ich gern attestieren, daß er immer Wert darauf gelegt hat, sich in seiner Regierungspolitik in Übereinstimmung mit der

Fraktion zu befinden. Zu dieser Übereinstimmung hat er immer wieder selbst aktiv beigetragen. Ich kann mich an keinen Fall erinnern, in dem er eine von mir für die Fraktion formulierte Position nicht beachtet hätte. Auf diese Weise ist — unbeschadet mancher Gegensätze, die wir in fairer Diskussion ausgetragen haben — menschlich und politisch in der Fraktion ein Klima entstanden, ohne das wir die Probleme und Aufgaben nicht so effizient hätten lösen können, wie wir es getan haben.

Unseren politischen Gegnern und aus anderen Gründen den Medien hat das natürlich weniger gefallen. Das ist verständlich. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger im Lande, insbesondere unsere Wähler sehen das anders. Sie wollen eine einige Union, die ihre Ziele konsequent durchsetzt. Ich hoffe, daß es so bleibt.

Nochmals herzlichen Dank für die hinter uns liegenden Jahre und auf gute Zusammenarbeit auch in den kommenden.

Neue Länder im Europäischen Parlament

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Entscheidung der EG-Außenminister in Nordwijk, die Zahl der deutschen Abgeordneten von 81 auf 99 zu erhöhen, begrüßt.

Die Minister entsprechen damit der Empfehlung des Europäischen Parlaments (EP) vom Oktober. Die Bundesbürger der neuen Länder werden in

Zukunft im Parlament vollwertig repräsentiert.

Peter Kittelmann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Europa der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Christdemokraten betrachten diese Entscheidung auch als ermutigendes Zeichen hin zu einer Stärkung des Europäischen Parlaments.

Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Wir haben die finanzpolitische Stabilität erfolgreich verteidigt

Auch nach internationalen Standards können sich die aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Daten trotz der deutschlandpolitischen Herausforderung sehen lassen. Das bescheinigen uns auch internationale Gesprächspartner. So zum Beispiel der Direktor des Internationalen Währungsfonds Camdessus beim Treffen in Bangkok, der unsere „ausgezeichnete Arbeit“ im Zusammenhang mit der Einheit ausdrücklich anerkannt hat.

Wir sind dabei, die Investitionen in die Deutsche Einheit in die Normalität der Haushaltsgestaltung einzupassen. Über 60 Milliarden DM betragen die Haushaltsentlastungen zwischen 1990 und 1992. Der Ausgabenanstieg von 2,9 Prozent im Haushalt 1992 ist ebenfalls ein klares Signal der Konsolidierung.

Weil wir vorsichtig kalkuliert haben, liegen wir im Ergebnis weitaus besser, als in den Planungen veranschlagt wurde.

Unter der Kreditgrenze

1989 betrug die Kreditunterschreitung 8 Milliarden DM. Im letzten Jahr sind wir um über 20 Milliarden DM unter der im Haushaltsentwurf vorgesehenen Kreditgrenze geblieben. In diesem Jahr werden wir erneut — mindestens um 7 bis 8 Milliarden DM — unter dem Haushaltsansatz abschließen. Die Einsparungen dieser drei Jahre bedeuten eine Erleichterung bei den Zinsausgaben um drei Milliarden DM.

Auch im Entwurf für das Jahr 1992 bleiben wir nach Abschluß der Ausschüßbe-

ratungen um rund fünf Milliarden DM unter dem ursprünglichen Haushaltsansatz.

Subventionsabbau

Der Subventionsabbau steht weiter ganz oben auf der Tagesordnung. Daran ändern auch die neuen Finanzhilfen nichts, die — von allen gefordert — in den jungen Bundesländern den wirtschaftlichen Aufschwung mit auf den Weg bringen sollen. Wir haben einen fast

Aus der Rede des Bundesministers der Finanzen, Theo Waigel, anläßlich der 2. Beratung des Bundeshaushalts 1992 am 26. November im Deutschen Bundestag

10 Milliarden DM umfassenden Abbau von Steuervergünstigungen und Finanzhilfen auf den Weg gebracht.

Treuhandanstalt

Was die Treuhandanstalt leistet, zahlt sich jedoch vor allem außerhalb ihres Unternehmensbereichs aus: In steigendem Wachstum, zunehmender Beschäftigung und zunehmender Nachfrage.

Keine strukturerhaltende Industriepolitik

Die Kreditentwicklung der Treuhandanstalt, mit der wir heute rechnen, kann nur gehalten werden, wenn Privatisierung, Sanierung und behutsame Stilllegung wie

bisher die Grundaufgaben der Treuhandanstalt bleiben.

Umfassende Strukturhaltungskonzeptionen, wie sie zum Teil von den Gewerkschaften, von der SPD und von anderen gefordert werden, müßten demgegenüber die Defizite in die Höhe treiben.

Nach neun Jahren ununterbrochenem Aufschwung rechnen die in- und ausländischen Experten im nächsten Jahr mit einem realen Wachstum der deutschen Volkswirtschaft von 2 bis 2 ½ Prozent. Eine solche vorübergehende Wachstums-

Weitere Beiträge über die Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag in der nächsten Ausgabe.

verlangsamung ist jedoch keine Konjunkturschwäche. Wir bleiben nach dem Urteil der Fachleute auf Wachstumskurs.

In den kommenden Jahren werden die öffentlichen Haushalte ihre Ansprüche an das Bruttosozialprodukt wieder schrittweise zurückführen. Bis 1995 beträgt der Ausgabenanstieg des Bundes im Jahresdurchschnitt nur 2,3 Prozent — gut ein Drittel der voraussichtlichen Wachstumsrate.

Mit unserer Finanzpolitik unterstützen wir die Bundesbank bei ihrer schwierigen Aufgabe. Wir arbeiten erfolgreich mit ihr zusammen, damit die Deutsche Mark der Anker der Stabilität in Europa bleibt.

Der Bundeshaushalt 1992 ist ebenso wie der Haushalt 1991 vor allem ein Haushalt der Deutschen Einheit. Aber gleichzeitig verwirklichen wir weitere, vordringliche Aufgaben innerhalb des selbstgesteckten Finanzierungsrahmens.

Zu den vordringlichen Aufgaben gehört insbesondere die Verbesserung des Wohnungsangebots.

Für das vor wenigen Wochen beschlos-

sene wohnungspolitische Konzept wird der Bund in den Jahren 1992 bis 1995 drei Milliarden DM zur Verfügung stellen. Die zusätzlichen Aufwendungen und Einnahmefälle durch die steuerliche Förderung werden — entsprechend dem Moratoriumsbeschluß — durch Einsparungen im Etat des Wohnungsbauministeriums aufgefangen.

Hilfen für die Familien

Zu den wichtigen aktuellen Aufgaben gehört auch der Ausbau der Hilfen zur Flankierung der Neuregelung des § 218 Strafgesetzbuch. Der Schutz des ungeborenen Lebens kann sich nicht auf die strafrechtliche Komponente beschränken. Ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger ist das soziale Umfeld für die jungen Familien.

Einige der im Entwurf der CDU/CSU-Fraktion enthaltenen Maßnahmen sind bereits auf den Weg gebracht worden und im Haushaltsentwurf 1992 sowie im Finanzplan bis 1995 berücksichtigt:

- Anhebung des Kinderfreibetrages auf 4.104 DM und Verbesserung des Erstkindergeldes auf 70 DM,
- Verlängerung des Erziehungsgeldbezuges auf 24 Monate ab 1995, verbunden mit einer Ausdehnung des Erziehungsurteils bis zum dritten Lebensjahr des Kindes.

Personalie

Auf der Vollversammlung am 22./23. November 1991 in Bonn wurde die Europaabgeordnete **Marlene Lenz** im ersten Wahlgang erneut in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken gewählt. Frau Lenz gehört dem ZdK seit 1987 an und ist Vorsitzende der Kommission 10 „Europa“.

Die Haushaltskonsolidierung weiter konsequent fortführen

Zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann:

Das Gutachten stützt die Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, daß die Talfahrt in den neuen Bundesländern im Jahre 1992 beendet sein wird und eine deutliche Aufwärtsentwicklung erfolgen wird.

Um allerdings eine Verstetigung des Aufwärtstrends in den neuen Ländern zu erreichen, müssen weitere ordnungspolitische Maßnahmen ergriffen werden, um die noch bestehenden Investitionshindernisse zu beseitigen. Hierzu gehören der weitere Aufbau der Verwaltung, die Regelung der noch offenen Vermögensfragen sowie eine weitere Beschleunigung der Privatisierung staatlichen und kommunalen Eigentums.

Auch in den alten Bundesländern sind die konjunkturellen Perspektiven — wenn auch abgeschwächt — positiv. Wenn wir die gesamtdeutschen Herausforderungen allerdings bewältigen wollen, müssen die Mahnungen des Sachverständigenrates aufgegriffen werden. Dies bedeutet, daß wir die Haushaltskonsolidierung konsequent fortführen müssen und die Haushaltsrisiken — vor allem in den „Schattenhaushalten“ — begrenzen müssen. Sämtliche Staatsaufgaben und Subventionen müssen auf ihre Notwendigkeit überprüft werden und gegebenenfalls neu gewichtet werden. Dies ist erforderlich, um den zukünftigen Herausforderungen in Deutschland und im Euro-

päischen Binnenmarkt gewachsen zu sein. Da wir weiterhin ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum und eine hohe Geldwertstabilität haben möchten, müssen Haushaltskonsolidierung und Subventionsabbau oberste Priorität haben.

Dies bedeutet aber auch, daß die Tarifpartner in den neuen und in den alten Bundesländern in der nächsten Tarifrunde eine große Zurückhaltung üben müssen. Sämtliche Bemühungen der Politik, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, würden durch zu hohe Tarifabschlüsse zunichte gemacht.

Das Gutachten bestätigt die Bundesregierung und damit die Koalitionsfraktionen in ihren Konzepten zum Neuaufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern. Selbstverständlich werden wir an einem wachstumsorientierten Konzept für die neuen Bundesländer festhalten.

Die gesamtdeutschen Aufgaben dürfen uns allerdings nicht von den Herausforderungen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ablenken. Zu Recht weisen die Sachverständigen auf die herausragende Bedeutung einer nach innen und außen offenen und wettbewerblich ausgerichteten Europäischen Gemeinschaft hin.

Die Bundesregierung muß daher auf dem kommenden Gipfel in Maastricht der Einführung neuer industriepolitisch-protektionistischer Kompetenzen eine klare Absage erteilen. Der europäischen Wettbewerbsaufsicht kommt ebenfalls eine Schlüsselrolle für das Funktionieren des Binnenmarktes zu. Die Bundesregierung muß deshalb weiter für ein unabhängiges europäisches Kartellamt eintreten. ■

Mit starker Sozialversicherung schaffen wir die soziale Einheit

Die Sozialversicherung hat in diesem Jahr zusätzliche Belastungen infolge der deutschen Einheit von rund 23 Milliarden Mark zu tragen. 1992 werden sich die einigungsbedingten Mehrausgaben auf rund 49,6 Milliarden Mark belaufen. Diese Zahlen sind Ausdruck praktischer Solidarität zwischen West- und Ostdeutschland. Sie sind in der einmaligen historischen Situation der deutschen Einheit sozialstaatlich geboten, politisch gewollt und von der Sozialversicherung ohne Leistungsabstriche zu verkräften.

In der Arbeitslosenversicherung liegen die zusätzlichen Kosten bei 22 Milliarden Mark in diesem und bei 30,2 Milliarden Mark im kommenden Jahr. 1991 stehen in der Arbeitslosenversicherung in den neuen Ländern Einnahmen von 6,5 Milliarden Mark Ausgaben von 31,3 Milliarden Mark gegenüber. Unter Berücksichtigung des veranschlagten Bundeszuschusses von 2,3 Milliarden Mark werden etwa 22 Milliarden Mark durch westdeutsche Beitragszahler aufgebracht. 1992 werden die Ausgaben für die neuen Länder sich voraussichtlich auf 45,4 Milliarden Mark belaufen.

Beitragssatz wird gesenkt

Dem stehen Einnahmen von etwa 10,2 Milliarden Mark gegenüber. Unter Berücksichtigung der einmaligen Finanzzuweisung von fünf Milliarden Mark aus Bundesmitteln in diesem Jahr bleibt ein Defizit von rund 30,2 Milliarden Mark 1992, das die westdeutschen Beitragszahler ausgleichen. Trotz dieser Mehrbelas-

stungen wird zum 1. Januar 1992 der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozent auf 6,3 Prozent gesenkt.

Die Unterstützung der ostdeutschen Rentenkasse beläuft sich in diesem Jahr auf rund 50 Millionen Mark, die für Hilfen beim Verwaltungsaufbau anfallen. Mit Inkrafttreten des Renten-Überleitungsgesetzes zum 1. Januar 1992 entsteht eine einheitliche Rentenkasse in Deutschland. Dann werden 19,4 Milliarden Mark aus der westdeutschen Rentenkasse — im

**Von Horst Seehofer,
Parlamentarischer
Staatssekretär
im Bundesarbeitsministerium**

wesentlichen zum Ausgleich des 12,2 Milliarden Mark Defizits der ostdeutschen Rentenkasse benötigt. Die Mehrausgaben durch das Renten-Überleitungsgesetz belaufen sich auf 9,9 Milliarden Mark. Daß die deutsche Rentenkasse leistungsfähig ist und diese zusätzlichen Ausgaben verkraftet, hat der Verband der Rentenversicherer erst vor wenigen Tagen wieder bekräftigt.

Der Rentenbeitragssatz kann demnach in den beiden kommenden Jahren mit 17,7 Prozent stabil bleiben. Es ist der niedrigste seit 1973. Und die Rücklagen von rund 43 Milliarden Mark, das sind etwa drei Monatsausgaben bezogen auf das alte Bundesgebiet, sind die höchsten seit 1975. Der Beitragssatz wird 1995 voraussichtlich bei 18,2 Prozent liegen und

Personalstärkegesetz

Voraussetzung für die Reduzierung des Personalumfangs der Bundeswehr

Zur Beratung und Verabschiedung des Personalstärkegesetzes und des Bundeswehrbeamtenanpassungsgesetzes erklärten der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bernd Wilz, und der zuständige Berichterstatter, Johannes Ganz:

Durch die Verabschiedung des Personalstärkegesetzes und des Bundeswehrbeamtenanpassungsgesetzes hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition die Voraussetzung für die notwendige Reduzierung des Personalumfangs der Bundeswehr geschaffen.

Beide Gesetze schaffen die Grundlage dafür, daß

- Deutschland seiner völkerrechtlichen Verpflichtung zur Reduzierung der Bundeswehr auf 370.000 Soldaten bis Ende 1994 nachkommen kann;
- die Bundeswehr auch nach Reduzierung ihren Auftrag der Friedenssiche-

rung durch Verteidigungsfähigkeit erfüllen kann und

- den Angehörigen der Bundeswehr Planungssicherheit und Perspektiven für die Zukunft gewährt werden.

Bei der Ausgestaltung dieser Gesetze hat sich die CDU/CSU von den Grundsätzen der Rechtssicherheit, der Sozialverträglichkeit und der Freiwilligkeit leiten lassen. Die Regelungen über eine weitere Verwendung von Soldaten und Beamten in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes berücksichtigen sowohl die persönlichen Lebensumstände der Betroffenen als auch das Interesse des Staates bei der Bewältigung der öffentlichen Aufgaben, insbesondere in den neuen Bundesländern.

Das Personalstärkegesetz und Bundeswehrbeamtenanpassungsgesetz sind damit auch Ausdruck des Respektes und der Fairneß gegenüber den Angehörigen der Bundeswehr, die sich über lange Jahre besondere Verdienste für Frieden in Freiheit erworben haben.

damit deutlich unter den 19,2 Prozent bleiben, die die westdeutschen Beitragszahler 1986 aufbringen mußten.

In der gesetzlichen Krankenversicherung belaufen sich die einigungsbedingten Kosten der westdeutschen Kassen in diesem Jahr auf rund 70 Millionen Mark und im kommenden Jahr auf 30 Millionen Mark, die sich aus der personellen und fachlichen Unterstützung für den

Aufbau leistungsfähiger Krankenkassen in den neuen Ländern ergeben.

Wir sind mit einer finanzstarken Sozialversicherung in die deutsche Einheit gegangen. Dies zahlt sich jetzt aus. Und die einigungsbedingten Kosten werden in dem Maße zurückgehen, in dem wir einheitliche Lebensbedingungen in ganz Deutschland herstellen und in den neuen Ländern neue Arbeitsplätze entstehen. ■

Rentenerhöhung um 11,65 Prozent für Ostdeutschland

Das Bundeskabinett hat auf Vorschlag von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm eine Anhebung der Renten in den neuen Bundesländern um 11,65 Prozent zum 1. Januar 1992 beschlossen.

Norbert Blüm: Die Rentenanpassung ist ein weiterer Schritt hin zum einigen Sozialstaat. Deutschland wächst zusammen, und die Rente wächst mit. Die Aufholjagd in den neuen Ländern ist erst beendet, wenn in Ost- und Westdeutschland die Renten bei gleichen Voraussetzungen gleich hoch sind.

Mit der Rentenanpassung wird die verfügbare Standardrente in den neuen Ländern 56,70 Prozent der vergleichbaren Standardrente in den alten Ländern erreichen. Zum 1. Juli 1991 hatte dieser Wert noch bei 50,77 Prozent und zum 1. Juli 1990 bei 40 Prozent gelegen. Am 30. Juni 1990 lag dieser Wert bei 30 Prozent. Insgesamt werden zum Jahreswechsel die Renten seit dem 30. Juni 1990 um rund 90 Prozent gestiegen sein.

Das heißt zum Beispiel: Vor dem 1. Juli 1990 betrug die Rente eines Durchschnittsverdieners mit 45 Arbeitsjahren, dessen Rente 1982 begonnen hat und der von der Möglichkeit einer Versicherung

in der freiwilligen Zusatzrentenversicherung (FZR) Gebrauch gemacht hatte, rund 520 Ost-Mark. Ab 1. Januar 1992 wird eine entsprechende Rente rund 993 D-Mark betragen.

Die Anhebung um 11,65 Prozent entspricht den derzeitigen Annahmen der Bundesregierung zur Entwicklung der durchschnittlichen Nettolöhne und -gehälter in den neuen Ländern und dem Stand des Nettorentenniveaus in den alten Bundesländern im ersten Halbjahr 1992. Diese Faktoren sind nach den Bestimmungen des Renten-Überleitungsgesetzes maßgeblich für die Höhe der Rentenanpassungen in den neuen Bundesländern. Die Rentenanpassung zum 1. Januar 1992 erfolgt erstmals nach den Grundsätzen des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und gilt deshalb auch nur für den hiernach ermittelten anpassungsfähigen Rentenbetrag.

Die Kriegsofferrenten steigen in den neuen Ländern ebenfalls zum 1. Januar 1992 um 11,65 Prozent.

Das Kabinett hat ebenfalls auf Vorschlag des Bundesarbeitsministers mit Rechtsverordnung ab 1. Januar 1992 die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten und in der Arbeitslosenversicherung auf 3900 Mark pro Monat in den neuen Ländern festgesetzt. Die Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung beträgt dann 2925 Mark pro Monat.

Rentenreform schafft Sicherheit

Mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Sicherheit für Rentner und Beitragszahler schafft die Rentenreform 1992. Dies erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm bei der Vorstellung der aktualisierten Broschüre „Rentenre-

form '92“, die umfassende Informationen über das ab 1. Januar 1992 geltende Rentenrecht enthält. Die Broschüre ist beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Referat Öffentlichkeitsarbeit) zu beziehen.

Keine Verjährung von SED-Unrecht

Der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) hat sich auf seiner Sitzung am 21. November mit der Frage der Verjährung von SED-Unrecht befaßt. Dazu erklärte der Vorsitzende des BACDJ, Herbert Helmrich:

Die Verjährungsfrage ist von besonderer Relevanz für länger zurückliegende Gewalt- und Willkürtaten des SED-Regimes. Denn der SED-Staat bestimmte selbst, wer und was verfolgt wurde und was ungeahndet blieb. Würde man bei Taten, die aus politischen Gründen nicht verfolgt wurden, vom ungehinderten Ablauf der Verjährungsfristen ausgehen, so könnten die Täter häufig nicht mehr belangt werden. Betroffen wären z. B. die Tötungsverbrechen an der Grenze, Folterungen sowie der große Bereich der Justizverbrechen, namentlich aus den fünfziger und sechziger Jahren. Dies wäre untragbar.

Kriterien, die das Bundesverfassungsgericht und der Bundesgerichtshof zum Ruhen der Verjährung bei nationalsozialistischen Gewalttaten entwickelt haben, sind auf die Verhältnisse der ehemaligen DDR grundsätzlich übertragbar. Danach ist für Straftaten, die aus politischen, rassistischen und religionsfeindlichen Gründen nicht verfolgt wurden, keine Verjährungsfrist gelaufen.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Ahndungsgesetze der Nachkriegszeit, die ein Ruhen der Verjährung für NS-Straftaten vorsahen, als „sachlich in höchstem Maß gerechtfertigt“ erklärt. Aus den Verjährungsvorschriften des Strafgesetzbuches hat das Gericht den allgemeinen Rechtsgedanken hergeleitet, daß für Straftaten, die „unter völliger Mißachtung rechtsstaatlicher Grundsätze nicht

verfolgt wurden, weil sie von den damaligen Machhabern teils veranlaßt oder gefördert, teils gern geduldet wurden“, die Verjährung geruht hat.

Darüber hinaus wird nicht selten übersehen, daß das Strafgesetzbuch der ehemaligen DDR in § 84 sogar eine Bestimmung enthielt, die den Ausschluß der Verjährung für Verbrechen gegen den Frieden, die Menschlichkeit und die Menschenrechte und Kriegsverbrechen vorsieht. Es ist augenfällig, daß die schwerwiegenden SED-Unrechtstaten, wie z. B. die Kapitalverbrechen im Zusammenhang mit dem Schießbefehl und der Einrichtung von Selbstschußanlagen, willkürliche Verhaftungen, Verhöre und Folterungen, Menschlichkeitsverbrechen im Sinne dieser Vorschrift sind.

Aus Gründen der Rechtssicherheit besteht dringender gesetzgeberischer Handlungsbedarf! Es sollte vom Gesetzgeber klargestellt werden, daß die Verjährung von SED-Unrechtstaten während der Zeit des Unrechtsregimes der DDR geruht hat.

Gründe, insbesondere unter dem Aspekt des Vertrauensschutzes, die einem Tätigwerden des Gesetzgebers entgegenstünden, bestehen nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht. Die geforderte gesetzliche Klarstellung ist nicht entbehrlich. Vielmehr gebietet es der Grundsatz der Rechtssicherheit, der im Rechtsstaatsprinzip verankert ist, hier gesetzliche Regelungen zu schaffen.

In dieser zentralen Frage der Aufarbeitung des SED-Unrechts kann nicht darauf gewartet werden, bis eine höchstrichterliche Entscheidung die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum NS-Unrecht bestätigt. ■

Für ein europäisches Asylrecht

Die Asyldebatte in der Europäischen Gemeinschaft gerät unter Zeitdruck. Nicht nur die Bundesrepublik Deutschland hat das Problem stark anschwellender Asylbewerberzahlen. Auch in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Belgien gab und gibt es erhebliche Zuwachsraten.

Doch gerade Deutschland entwickelte sich mehr als andere Staaten zu einem Magneten für Asylbewerber: Mit mehr als 193.000 Asylbewerbern stellt Deutschland im Jahr 1990 fast die Hälfte der Gesamtzahl für ganz Europa. Hinzu kommt eine unbekannte Zahl von illegalen Einwanderern. Und für die Zukunft kündigen Fachleute an, daß nach dem Zerfall des Kommunismus im Osten und aufgrund des Wohlstandsgefälles zwischen dem Norden und dem Süden für die nächsten Jahrzehnte massive Bevölkerungsverschiebungen zu erwarten sind.

Mit der Vollendung des Binnenmarktes werden die Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft vollständig wegfallen. Deutschland, das über ein besonders großzügiges Asylrecht verfügt, steht dann die zusätzliche Zuwanderung anderswo abgewiesener Flüchtlinge bevor. Denn es ist kaum zu erwarten, daß die anderen EG-Staaten ihre Gesetze dem allzu liberalen deutschen Asylrecht anpassen. Aus diesem Grunde wird es in Zukunft entscheidend darauf ankommen, ein europäisches Asylrecht zu schaffen.

Das Europäische Parlament hat sich in diesem Sinne im September mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, daß eine gemeinsame Asylpolitik mit einer Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen geschaffen wird. Die deutschen Europaabgeordneten der sozialistischen

und der liberalen Fraktion haben diese Grundsätze im Gegensatz zu ihrem Kollegen im Bundestag bereits akzeptiert.

Auch die EG-Kommission hat kürzlich von den Regierungen der Mitgliedstaaten Sofortmaßnahmen gegen den Mißbrauch des Asylrechts erlangt.

Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes garantiert politisch Verfolgten Asyl in Deutschland. Hieran halten wir fest. Doch die große Mehrheit der Asylbewerber sind Menschen auf der Suche nach

Von Karl-Heinz Florenz, Mitglied der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

einem besseren Leben, nicht auf der Flucht vor Verfolgung. Das Recht auf Asyl darf nicht durch solchen Mißbrauch ausgehöhlt und gefährdet werden. Der Kerngehalt des politischen Asyls wird auch in einer europäischen Lösung erhalten bleiben. Eine EG-Regelung muß und wird kommen und es besteht keine Aussicht, daß die anderen Mitgliedstaaten das sehr weitgehende deutsche Asylrecht akzeptieren. Insofern ist es unverständlich, warum sich SPD und FDP so heftig einer Grundgesetzänderung widersetzen. Es wäre darüber hinaus sinnvoll, wenn sich die Europäische Gemeinschaft auf eine gemeinsame Länderliste von „Nichtverfolger-Staaten“ verständigt. Für Staatsangehörige aus solchen Staaten könnte dann zunächst die Unbegründetheit des Asylantrages unterstellt werden. Über den Antrag könnte der Grenzrichter dann sofort entscheiden — mit der Folge einer möglichen Zurückweisung an der Grenze.

Verfassungsschutz unverzichtbar

Ein funktionsfähiger Verfassungsschutz in Bund und Ländern auf der Basis klarer gesetzlicher Aufgaben- und Befugniszuweisungen ist unverzichtbar für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit unseres Staates. Er garantiert großzügigste Freiheitsrechte, vor radikalen und extremistischen Kräften muß er sich und seine Bürger jedoch wirksam schützen können.

Die Einschränkung der gesetzlichen Möglichkeiten des Verfassungsschutzes mag in einigen Parteien und Bundesländern — wie jetzt in Niedersachsen — in Mode gekommen sein, sie verkennt aber die damit verbundenen ernstesten Gefahren für die Demokratie und ihre Stabilität. Leider wurde den Experten nicht ausreichend Gehör geschenkt. Auch die Bedenken des Bundesinnenministers blieben unberücksichtigt.

Ein Verfassungsschutz mit zu wenig Personal ist nicht mehr arbeitsfähig, und wie dringend Personal plötzlich benötigt wird, zeigt die gegenwärtige Entwicklung der rechtsextremistischen Szene.

Die abschließende Aufzählung jedes einzelnen zulässigen nachrichtendienstlichen Mittels in einem Gesetz ist unpraktikabel. Veränderungen der Methodik, Taktik und Verhaltensweisen in den jeweiligen Beobachtungsfeldern können kurzfristig die Entwicklung und den Einsatz neuer Mittel notwendig machen. Dafür ist das Instrument eines Gesetzes zu unflexibel. Extremisten und Terroristen werden so durch Gesetz geradezu vor effektiven nachrichtendienstlichen Mitteln des Verfassungsschutzes gewarnt. Die Anhebung einer Eingriffsschwelle für das Tätigwerden des Verfassungsschutzes

begünstigt objektiv die Betätigungsmöglichkeiten der Extremisten. Dabei müssen auch extremistische Bestrebungen beobachtet werden, weil nur so ein wirksamer präventiver Schutz zum Beispiel vor rechtsradikalen Ausschreitungen aufgebaut werden kann. Dazu muß es möglich sein, auch die verdeckten Ziele von extremistischen Parteien aufzuklären. Verbale Vernebelungen der wahren Absichten dürfen nicht verfangen.

Auch Auskünfte an Betroffene können nur verantwortet werden, wenn dadurch nicht — wie beim niedersächsischen Gesetzentwurf — der Verfassungsschutz zur Auskunftei wird, sonst ist seine Arbeitsfähigkeit gefährdet.

Effekthascherei nach links

Eduard Lintner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Der Gesetzentwurf der rot-grünen Koalition in Niedersachsen für die Einschränkung der Betätigungsmöglichkeiten des Landesamtes für Verfassungsschutz ist in seiner jetzigen Form nicht zu verantworten. Er ist das Ergebnis überzogener Datenschutzvorstellungen. Er schränkt nämlich die Arbeit wichtiger staatlicher Institutionen soweit ein, daß der Schutz des Bürgers vor Extremisten und ihren Machenschaften nicht mehr gewährleistet wird. Die verbale Begründung dient der Effekthascherei bei dem Klientel der linken Szene und verdreht den Anspruch auf Rechts- und Normenklarheit. Die Gesetze und einzelnen Vorschriften werden bis zur Unpraktizierbarkeit und zur Nutzlosigkeit eingeschränkt. Vor dem Beschreiten dieses Weges sei ausdrücklich gewarnt. ■

Waldzustandsbericht 1991

Stärkster Belastungsfaktor ist nach wie vor die Luftverschmutzung

Angesichts der jetzt schon langjährig bedenklichen Situation des Waldes ist die jetzt festgestellte weitere deutliche Verschlechterung seines Zustandes ein Zeichen für die Unmöglichkeit, hier kurzzeitig eine durchgreifende Verbesserung erzielen zu können.

Die regional begrenzten Verminderungen der Waldschäden in den nordwestdeutschen Ländern und im Schwarzwald sind zwar hoffnungsvolle Lichtblicke, können aber nicht zur Entwarnung dienen, denn ein weniger geschädigter Wald ist noch lange kein gesunder Wald, mit ein paar Prozenten weniger Waldschädigung kann man nicht beruhigen.

Egon Susset, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Was ist zu tun? Trotz der Komplexität der Wirkungszusammenhänge wissen wir Dank der intensiven Forschungsarbeiten, daß der Hebel zur Verringerung der Waldschäden nach wie vor bei den Luftschadstoffen anzusetzen ist. Sie wirken seit Jahrzehnten schädlich auf das Waldökosystem, insofern können wir nicht erwarten, daß die nachweislich großen Erfolge der Bundesregierung bei der Luftreinhaltung sich jetzt schon bemerkbar machen. Wir dürfen aber nicht im jetzigen Ist-Zustand darauf warten, sondern müssen alle Anstrengungen unternehmen, um die Luftbelastung weiter zurückzuführen. Dies ist nicht nur im Sinne des Waldes ein selbstverständliches Ziel, sondern ein Muß für eine umfassende Umweltpolitik.

Bei der Rückführung der Belastungsquel-

len müssen wir da ansetzen, wo die größten Effekte zu erzielen sind. Dies wird durch die weitere Modernisierung der Industrieanlagen vor allem in den neuen Bundesländern möglich sein; der Schwerpunkt der notwendigen Maßnahmen wird aber künftig die Bereiche betreffen, die jeden Bürger angehen. So wird etwa die umweltbewußte Nutzung von Energie im Verkehr und Haushalt eine wesentliche Rolle spielen.

Die Bundesregierung muß deshalb ihre umweltorientierte Politik auf internationaler wie nationaler Ebene weiter ausbauen. Hier muß die Politik in sich schlüssig sein; bei Einführung einer grundsätzlich sinnvollen CO₂-Steuer müssen den alternativen Energien echte Chancen eingeräumt werden. In diesem Sinne fordere ich eine konsequente Förderung des Einsatzes der CO₂-neutralen nachwachsenden Rohstoffe.

Reisen mit der JU

Auch 1992 veranstaltet die Junge Union Deutschlands wieder informative Bildungsreisen nach Moskau, St. Petersburg, Madrid, Venezuela und Israel. Die Termine, vorläufigen Programme und sonstigen Konditionen kann man einem Informationsblatt entnehmen, das in der JU-Bundesgeschäftsstelle, Annaberger Str. 283, 5300 Bonn 2, abgefordert werden kann.

Zunehmender Verkehr darf Erfolge beim Umweltschutz nicht schmälern

Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat vor der Presse in Bonn den Bericht des Umweltbundesamtes (UBA) über die verkehrsbedingten Luft- und Lärmbelastungen in den alten Bundesländern vorgestellt und zugleich eine Prognose der Luftschadstoffentwicklung in Gesamtdeutschland durch den Straßenverkehr bis zum Jahre 2005 abgegeben.

Töpfer: Durch die Einführung des schadstoffarmen Autos wird es mittel- und langfristig zu einem deutlichen Rückgang der Schadstoffbelastung aus dem Verkehr kommen. Diese Maßnahmen reichen aber insgesamt nicht aus, um für die Zukunft für Mensch und Umwelt gute Umweltbedingungen sicherzustellen. Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung im Personenverkehr, vor allem aber im Güterverkehr, müssen hinzukommen.

Aufgrund der deutschen Wiedervereinigung, des einheitlichen EG-Binnenmarktes, der Öffnung der osteuropäischen Länder sowie des gerade erst beschlossenen europäischen Wirtschaftsraumes EWR wird vor allem der Straßengüterfernverkehr bis zum Jahr 2000 drastisch steigen, so der UBA-Bericht. Seriöse Prognosen sagen Zunahmen um 50 Prozent oder mehr voraus. Die Stickoxidemissionen des Lkw-Verkehrs werden die des Pkw-Verkehrs im Jahre 2000 deutlich übersteigen. Auch beim Pkw-Verkehr ist mit einer deutlichen Zunahme auf 43 bis 46 Mio. Fahrzeuge zu rechnen, wenn die bisherige Entwicklung — wie prognostiziert — abläuft.

Das Umweltbundesamt kommt daher zu dem Ergebnis, daß durch diese ständige

Zunahme des Verkehrs die Erfolge der Schadstoffminderungen am Fahrzeug zum Teil wieder kompensiert werden. Deshalb sind nach Töpfers Auffassung insbesondere in den Ballungszentren sowohl aus Umwelt- als auch aus Gesundheitsgründen dringend weiterreichende Minderungen der Schadstoffbelastungen erforderlich.

Dies kann allerdings nicht allein durch fahrzeug- und kraftstoffbezogene Maßnahmen erreicht werden. Notwendig ist eine Entlastung der Innenstädte vom motorisierten Individualverkehr. Wenn

Prognose für Luftschadstoffentwicklung aus dem Verkehr: Umweltbundesamt erwartet deutlichen Rückgang der Schadstoffbelastung bis 2005 — zusätzliche verkehrsentlastende Maßnahmen aber notwendig.

Benzol- oder Dieselkonzentrationen von etwa 10 Mikrogramm pro Kubikmeter als Jahresmittelwert überschritten werden, sollten die Straßenverkehrsbehörden allein schon aus Luftreinhaltegründen nach einer anderen Verkehrsführung und Verkehrsordnung suchen. In der Verordnung von Bundesumweltminister Töpfer nach § 40 Abs. 2 Bundesimmissionsschutzgesetz werden erstmals Konzentrationswerte für diese krebserzeugenden Stoffe aufgenommen, bei deren Überschreitung verkehrslenkende Maßnah-

men der Straßenverkehrsbehörden angezeigt sind.

Darüber hinaus muß nach Auffassung von Bundesumweltminister Töpfer eine Strategie zur Minderung der vom Verkehr ausgehenden Luft- und Lärmbelastungen auf drei Säulen ruhen:

1. Verkehrsvermeidung
2. Verkehrsverlagerung auf umweltschonende Verkehrsmittel
3. technische Verbesserung der Verkehrsmittel

Auf der Grundlage seines 10-Punkte-Programms vom März dieses Jahres wird der Bundesumweltminister die technische Verbesserung der Fahrzeuge und die Verbesserung der Kraftstoffe zügig vorantreiben.

Prognose der Luftschadstoffentwicklung in Deutschland bis 2005

Aufgrund der bereits durchgeführten bzw. beschlossenen Grenzwertverschärfungen in der EG errechnete das Umweltbundesamt — trotz der zu erwartenden Verkehrszunahme — einen deutlichen Rückgang der Schadstoffbelastung für Gesamtdeutschland bis zum Jahr 2005:

| | |
|--------------------|--------------|
| Kohlenmonoxid | — 56 Prozent |
| Kohlenwasserstoffe | — 69 Prozent |
| Stickoxide | — 38 Prozent |
| Partikel | — 48 Prozent |

Wird darüber hinaus das von Bundesumweltminister Töpfer forcierte Dreistufenkonzept — verbunden mit steuerlichen Anreizen — zur frühzeitigen Förderung des schadstoffarmen Autos EG-weit durchgesetzt, ergeben sich noch höhere Minderungsraten für Gesamtdeutschland bis 2005:

| | |
|--------------------|---------------|
| Kohlenmonoxid | — 64 Prozent |
| Kohlenwasserstoffe | — 78 Prozent |
| Stickoxide | — 48 Prozent |
| Partikel | — 61 Prozent. |

Internationale Giftmülltransporte verhindert

Das Europäische Parlament hat am 20. November 1991 auf Antrag des Berichterstatters, des CDU-Europaabgeordneten Karl-Heinz Florenz, den Kommissionsvorschlag zum Abfalltransport einstimmig zurück in den Unterausschuß überwiesen.

Ausschlaggebend dafür war die fehlende Bereitschaft der EG-Kommission, den entscheidenden Vorschlägen des Parlaments für ein Verbot von Abfallexporten aus der EG zu folgen.

Karl-Heinz Florenz: „Immer häufiger haben wir in den letzten Jahren Müllskandale und internationalen Abfalltourismus erlebt. Deswegen will dieses Parlament über alle politischen Grenzen hinweg Abfalltransporte auf ein Mindestmaß verringern. Westeuropäische Giftmülltransporte nach Mittel- und Osteuropa sowie nach Südamerika müssen in Zukunft ausgeschlossen sein.“

Denn Polen, Brasilien und Indien sind keine Müllkippen der Industrieländer. Uns reicht es daher auch nicht aus, daß die Kommission nur die AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifischer Raum) schützen will: Gefährliche Abfallausfuhrungen müssen generell verboten werden, denn nur die westlichen Industrieländer haben die Möglichkeit, diese Gifte umweltverträglich zu beseitigen.

Kommission und Ministerrat müssen endlich verstehen, daß wir es unter keinen Umständen zulassen werden, schmutzige Industrieabfälle in die Dritte Welt zu exportieren. Und die Industrie wird lernen müssen, daß Wiederverwertung ein attraktiver Wirtschaftszweig ist.

Eberhard Diepgen:

Berlin ist im Aufbruch

Auf ihrem 2. Gesamtberliner Parteitag am 16. November 1991 hat die Berliner CDU ihren Landesvorsitzenden, den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, mit mehr als 81 Prozent der abgegebenen Stimmen in seinem Amt eindrucksvoll bestätigt. Neuer Generalsekretär der Berliner Union wurde Karl-Joachim Kierey. Er tritt an die Stelle von Klaus Landowsky, der inzwischen die Führung der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus übernommen hat.

Von den sieben stellvertretenden Landesvorsitzenden kommen entsprechend dem Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission mit den Abgeordneten Fritz Niedergesäß und Elke Hofmann zwei aus den östlichen Kreisverbänden. Schatzmeister blieb nach einem kurzen Scharmützel Jürgen Wohlrabe.

In seiner kämpferischen Rede bezeichnete Eberhard Diepgen Berlin als eine Stadt im Aufbruch, „auch wenn manche es noch nicht gemerkt haben oder nicht wahrhaben wollen“. Er wandte sich in diesem Zusammenhang gegen „sauertöpfische Nörgelei“ und rief den Delegierten unter großem Beifall zu: „Das Ziel, für das sich Männer wie Kaiser, Lemmer, Gradl und auch Adenauer mit ihrer ganzen Kraft eingesetzt haben, ist erreicht. Es ist nun an uns, die Folgen der Teilung zu beseitigen, die Wunden zu heilen und diese manchmal hartgeprüfte Stadt gemeinsam in die Zukunft zu führen.“

Als Ehrengast setzte sich Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble in einer menschlich packenden Rede für politi-

sches Asyl, aber gegen dessen Mißbrauch ein und forderte in diesem Zusammenhang eine Änderung des Grundgesetzes, die zwar selbst das Problem nicht löse, ohne die es aber auch keine Lösung gebe. Er wehrte sich gegen den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit und betonte, Deutschland sei traditionell eines der ausländerfreundlichsten Länder Europas. In einem von Landesvorstand vorgelegten Leitantrag stellten die Delegierten des Landesparteitages fest, Berlin sei sowohl Werkstatt zur Vollendung der inneren Einheit als auch Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der Politik: „In Berlin war die Teilung Deutschlands am schmerzlichsten erfahrbar. Nun ist das Zusammenwachsen und seine Herausforderung für uns in keiner Stadt so sehr zu spüren wie in Berlin. Hier zeigen sich die Probleme bei der Vollendung der inneren Einheit deutlicher als anderswo. Berlin kann als Beispiel für die Entwicklung in den neuen Ländern gelten. Berlin gehört zu ihnen. Gemeinsam wollen wir die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse für alle Deutschen schaffen.“

Rot-Grüne abwählen

Der neue Berliner CDU-Generalsekretär Karl-Joachim Kierey nannte als Hauptziel des bevorstehenden Kommunalwahlkampfes, „die Stolpersteine aus dem Weg zu räumen, die rot-grüne Politik in einzelnen Bezirken aufgerichtet hat“. Die Abwahl der Rot-Grünen durch die Berliner am 2. Dezember 1990 müsse nun auch in den Bezirken realisiert werden. ■

Drittes Studentenforum des RCDS in Jena

Unis sind noch nicht ausreichend auf Europa vorbereitet

Knapp 400 Studenten, davon rund 80 aus dem europäischen Ausland, waren die Teilnehmer des dritten Studentenforums, das der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jena Anfang November veranstaltete. Höhepunkt der dreitägigen Veranstaltung, die unter dem Motto „Aufbruch nach Europa“ stand, war eine Diskussion mit dem Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl.

Die Veranstaltung knüpfte an eine Reihe größerer Studententreffen an, die der RCDS seit dem Fall der Mauer vor zwei Jahren veranstaltete. So trafen sich im Sommer 1990 rund 700 Studenten auf Initiative des RCDS beim Wartburg-Treffen in Eisenach. Standen die ersten Studentenforen ganz im Zeichen der deutschen Einheit, so galt es diesmal, mit Studentenvertretern von Portugal bis Russland, von Lettland bis Malta, den nationalen Rahmen auszuweiten.

Auf dem Podium und in den Arbeitskreisen wurde über Fragen der politischen Integration Europas, der Ausweitung der EG und der europäischen Wirtschaftspolitik diskutiert. Immer wieder konzentrierte sich die Diskussion jedoch auf die Frage, inwieweit die deutschen Hochschulen auf Europa und den Binnenmarkt vorbereitet sind. Nicht zuletzt aufgrund der überlangen Ausbildungszeiten in Deutschland dürften viele Hochschul-

absolventen mit der ab 1993 geltenden Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit innerhalb der EG schwere Wettbewerbsnachteile gegenüber ihren ausländischen Kommilitonen erfahren.

In seinem einleitenden Referat wies Helmut Kohl auf dieses Problem hin und scheute auch nicht vor Selbstkritik zurück: „Bei meinen vielen Erfolgen habe ich mich in der Bildungspolitik mit zwei Dingen nie durchsetzen können: Bei

Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers über die „Zukunftsperspektiven der jungen Generation“ im grünen Teil dieser Ausgabe.

uns kommt man immer noch zu spät zur Universität und bleibt dort zu lange.“ Dieser Zustand wird nach Auffassung Helmut Kohls mit dem EG-Binnenmarkt unhaltbar. In seiner Rede forderte der Kanzler deshalb die Verkürzung der gymnasialen Ausbildung um ein Jahr und die Straffung des Studiums ebenso wie die europaweite Anerkennung der Studienabschlüsse.

In der Diskussion mit dem Kanzler wurde von ausländischen Studentenvertretern auch Besorgnis über ausländerfeindliche Tendenzen in Deutschland geäußert. Studenten aus den östlichen Bundesländern drängten auf eine rasche

Junge Union jetzt auch international

Ab sofort können reisefreudige JU-Verbände bei der Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union für 10,— DM 50 Stück Faltblätter in drei Sprachen (Englisch, Französisch und Spanisch) anfordern, in denen sich die Junge Union vorstellt.

In der politischen Information fehlt hierbei auch nicht die russische Spra-

che. Eine weitere Informationsschrift informiert nämlich auf russisch über die JU-Positionen zu den Themen „Ökologische Marktwirtschaft“, „Technik nutzen — Risiken erkennen“, „Gleiche Chancen für Männer und Frauen“ sowie „Unser christliches Verständnis vom Menschen“.

Preis pro 50 Stück: 10,— DM.

Angleichung der BAföG-Bedarfssätze in Ost und West. Auch die zunehmend schwierige Lage auf dem studentischen Wohnungsmarkt und die teilweise extreme Überlastsituation der Hochschulen in Deutschland wurden angesprochen.

In diesem Zusammenhang forderte der Bundesvorsitzende des RCDS, Christian Schneller, eine erhebliche Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Hochschulen. Gleichzeitig müsse die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in der Lehre verbessert werden.

Studienzeiten verkürzen

Hierzu seien insbesondere eine Verringerung und Konzentration der Stofffülle, strukturelle Reformen einzelner Studiengänge, aber auch eine verbesserte und intensivierte Studienberatung notwendig. Die Verkürzung der Ausbildungszeit sei im Interesse der Chancengleichheit deutscher Hochschulabsolventen auf dem EG-Binnenmarkt und nur mit einem Bündel von Maßnahmen zu erreichen.

Nach Auffassung des RCDS ist auch bei den Studieninhalten eine stärkere Europäisierung erforderlich. Europäisch integrierte Studiengänge und die gezielte Förderung fachspezifischer Fremdsprachenkenntnisse müssen erweitert werden. ■

Stichworte der Woche:

Argumentationshilfe für CDU-Kreisverbände

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gibt unter dem Titel „Stichworte der Woche“ eine empfehlenswerte Information heraus, die kurz, prägnant und informativ politische Sachverhalte behandelt. Beginnend mit einem Kommentar zu einem wichtigen Thema, geht es weiter mit „Schlaglichter“, kurzen Informationen über aktuelle politische Sachverhalte. „Die andere Seite“ informiert über die politischen Gegner. Unter „Diese Woche im Bundestag“ bzw. „Aktuelle Stunde im Bundestag“ berichten Abgeordnete von der Arbeit in den Ausschüssen und der Gesetzgebung.

Die CDU-Geschäftsstellen können, falls noch nicht geschehen, bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herrn Ralph Bierett, die „Stichworte der Woche“ kostenfrei anfordern.

Telefax (02 28) 1 68 60 68

Eine Vervielfältigung zum Weiterverkauf an wichtige Funktions- und Mandatsträger wird empfohlen.

1. Bundestagung von Frischluft in Bonn

Frischer Wind in der Jugendarbeit

Eckart von Klaeden (26) aus Niedersachsen wurde auf der 1. Bundestagung des christlich demokratischen Kinder- und Jugendverbandes Frischluft am Wochenende 16./17. 11. 1991 in Bonn im Amt des Vorsitzenden bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wählten die Mitglieder Markus Bauernschuster (34) aus Bayern und André Chahoud (25) aus Nordrhein-Westfalen. Ihnen stehen als weitere Vorstandsmitglieder Kerstin Horn (22) aus Hessen, Alexander Richter (16) aus Brandenburg, Volker Kalinka (32) aus Schleswig-Holstein und Jochen Zenthöfer (14) aus Rheinland-Pfalz zur Seite. Bundesgeschäftsführer wurde Rüdiger Scholz (33) aus Nordrhein-Westfalen.

Zwei Jahre nach seiner Gründung ist Frischluft aus der Jugendverbandsszene in Deutschland nicht mehr wegzudenken, so Eckart von Klaeden in seinem Bericht. Der Verband habe mit seiner Arbeit bisherige Lücken in den Angeboten der Jugendverbände geschlossen. Die Einbindung junger Familien und Alleinerziehender in die Jugendverbandsarbeit war beispielhaft für andere Verbände.

Ein besonderes Schwergewicht der Arbeit legt Frischluft auf die neuen Bundesländer. Hier wurde der Verband schon im April 1990 aktiv, als er die Trägerschaft des Büros für demokratische Jugendarbeit im damaligen Ost-Berlin übernahm. Von hier wurden zahlreiche Veranstaltungen und Seminare organisiert. Außerdem hilft das Büro beim Aufbau demokratischer Jugendstrukturen in den neuen Ländern und unterstützt die Arbeit der Jugendämter. Zusammen mit der Kom-

munalpolitischen Vereinigung und dem Evangelischen Arbeitskreis fanden erfolgreiche gemeinsame Veranstaltungen statt.

Mit der Bundestagung am 16./17. 11. 1991 ist der erste Schritt des organisatorischen Aufbaus von Frischluft weitgehend abgeschlossen. Mit Ausnahme von Baden-Württemberg, Bremen, Saarland und Hamburg existieren überall Landesverbände. Auch die Zahl der Kreisver-

Frischluft will als Teil der christlich-demokratischen Bewegung im vorpolitischen Raum die jungen Menschen sammeln, die christlich-demokratischem Gedankengut nahestehen und unter dieser Voraussetzung die Jugendarbeit im vereinten Deutschland mitgestalten wollen.

bände nimmt ständig zu. Hier soll in den nächsten beiden Jahren ein flächendeckender Aufbau erreicht werden.

Im kommenden Jahr werden wieder zahlreiche Seminare für Jugendverbandsvertreter in den neuen Bundesländern angeboten. Außerdem sind Jugendfreizeiten in Schweden, Griechenland und Schottland geplant.

Mitglied von Frischluft kann jeder werden, der das 6. Lebensjahr vollendet hat.

Interessenten wenden sich bitte an folgende Anschrift: Jugendverband Frischluft, Annaberger Straße 283, W-5300 Bonn 2, Tel. (02 28) 31 00 23, Fax (02 28) 31 47 03.

Der neue umweltfreundliche CDU-Stand



Seit langem bereits trägt die CDU-Bundesgeschäftsstelle den ökologischen Erfordernissen Rechnung, indem sie die unterschiedlichen Veröffentlichungen auf umweltfreundlichem Papier drucken läßt. Aber auch die Werbemittel, die häufig zum Gelingen einer geselligen Veranstaltung oder einem CDU-Fest mit beitragen, sind mehr und mehr aus umweltschützenden Materialien hergestellt. Jetzt ist ein neues Produkt hinzugekommen: Der zu jedem Straßencanvassing der Partei gehörende Tisch ist ebenfalls besonders umweltfreundlich. Die Platten werden in einem besonderen Verfahren aus mehr als 1 600 gebrauchten Getränketüten hergestellt.

- **Die Maße:** 1,20 m x 0,70 m (Tischfläche), Höhe: 80 cm
- **Der Preis** ist derselbe wie für den bisher üblichen Tisch: 182,— DM zzgl. MwSt.
- Bestell-Nr.: **0451**

Neu: Anstecknadel

für besondere Verdienste
 Verpackungseinheit: 1 Stück
 Preis: 14,— DM
 Bestell-Nr.: **0432**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Unser schönes Deutschland



**GEMEINSAM
IN EINE
GUTE
ZUKUNFT**



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UiD

36/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis:** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.